

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 91520-0
Telefax: (0228) 91520-12 (Redaktion)
91520-15



Inhalt

Klaus Daubertshäuser MdB weist das Konzept für den Transrapid als nicht entscheidungsreif zurück: Überstürzter Zeitplan.

Seite 1

Marion Caspers-Merk MdB fordert, die Innovation umwelt- und gesundheitsverträglicher Stoffe zu erhöhen: Warum wir eine Novelle des Chemiekaliengesetzes brauchen.

Seite 2

Karin Radermacher MdL verlangt die Veränderung des bayerischen Bildungssystems: Nicht gott-, sondern CSU-gewollt.

Seite 3

49. Jahrgang / 31

15. Februar 1994

Überstürzter Zeitplan

Das Konzept für den Transrapid ist nicht entscheidungsreif

Von Klaus Daubertshäuser MdB

Verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Nach Bekanntwerden der jüngsten Stellungnahme des wissenschaftlichen Beirats beim Verkehrsministerium zum Thema Transrapid steht fest: Das Konzept über Bau und Finanzierung der Transrapid-Referenzstrecke Hamburg-Berlin ist nicht entscheidungsreif. Vor allen überstürzten Festlegungen muß die Bundesregierung dringend verlangen:

1. Nachbesserung des Finanzierungskonzepts vom Dezember 1993. Dieses Konzept bündet alle Risiken dem Bund auf. Nach diesem Konzept ist der Bund nicht nur für die Errichtung des Fahrweges zuständig, für den er sich ab dem Jahr 2001 für 25 Jahre mit jährlich 421 Millionen DM festlegen muß; darüber hinaus gehen alle Abweichungen von den Planannahmen - bezüglich Fahrgastzahlen, Verzögerungen im Planfeststellungsverfahren oder ähnliches - zu Lasten des Bundeshaushaltes.
2. Offenlegung der Investitions- und Betriebskosten auch für den Fall, daß die ideal angenommenen Planerwartungen nicht eintreten. Die Berechnungen legen eine Verzehnfachung der Fahrgastzahlen zwischen Berlin und Hamburg zugrunde - eine in Fachkreisen höchst skeptisch aufgenommene Annahme. Welche Kosten kommen auf den Bund zu, wenn die Zahlen dahinter zurückbleiben?

Es geht nicht darum, eine neue Technologie in Frage zu stellen. Es geht ausschließlich um die Frage, in welchem Umfang der Steuerzahler zur industriepolitischen Förderung des Transrapid herangezogen werden soll.

Die Vorlage des wissenschaftlichen Beirats trifft zeitgleich zusammen mit Bestrebungen der Bundesregierung, die Entscheidung über den Transrapid auf Ende Februar vorzuverlegen. Dieser überstürzte Zeitplan wirkt panisch und läßt befürchten, daß die Entscheidung übers Knie gebrochen werden soll.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn
Postfach 190167, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 92,50 mit
zuzügl. MwSt. und Versand.

Verfügbare Ausgabe
mit unverschalteten Rohmaterialien
Recycling-Papier



Die im Gutachten des Beirats aufgeworfenen Fragen an das Konzept müssen befriedigend beantwortet werden:

1. Verkehrspolitisch ist der Transrapid als "Inselösung" überflüssig. Das Konzept muß so gestaltet sein, daß der Transrapid nicht zum Mühlstein am Hals der Deutschen Bahn AG wird.
2. Unter industrie- und exportpolitischen Gründen müssen Gutachten auf den Tisch, auf welchen Märkten der Transrapid erfolgversprechend sein wird. Übereinstimmend wird festgestellt, daß der Transrapid in Europa unverkäuflich ist. Alle europäischen Staaten verfügen schon über mehr oder weniger leistungsfähige Schienennetze; der Ausbau eines europäischen Hochgeschwindigkeitsnetzes ist bereits beschlossen.
3. Es muß geklärt werden, wie sich die deutschen Hersteller ihre weltweite Verkaufsstrategie für ein und denselben internationalen Markt für spurgebundene Hochgeschwindigkeitssysteme vorstellen. Der ICE ist neben dem französischen TGV ein internationales Spitzenprodukt auf diesem Markt. Solt der ICE aufgegeben werden?

Das technische Faszinosum des Transrapid ist unbestritten. Von der Bundesregierung erwarten wir aber sorgfältig überlegte Entscheidungen darüber, wie technische Systeme in industriepolitische Markterfolge umgesetzt werden können. Hier zählen nicht nur Hoffnungen, sondern harte Fakten, sonst wird das Ganze zu einem teuren Spielzeug.

(-/15. Februar 1994/rs/ks)

Warum wir eine Novelle des Chemikalien-Gesetzes brauchen

Die Innovation umwelt- und gesundheitsverträglicher Stoffe muß erhöht werden

Von Marlon Caspers-Merk MdB

Sprecherin der SPD-Fraktion in der Enquete-Kommission "Schutz des Menschen und der Umwelt" des Deutschen Bundestages

Eine Novelle des Chemikaliengesetzes sollte folgende vier Hauptziele in Angriff nehmen:

- Innovationförderung von umwelt- und gesundheitsverträglichen Stoffen,
- Schaffung einer höheren Akzeptanz durch mehr Transparenz,
- Aufarbeitung der Altstoffe in einem überschaubaren Zeitraum,
- Verminderung der Tierversuche.

Statt diese Ziele zu verfolgen, hat sich die Bundesregierung darauf beschränkt, die 7. Änderungsrichtlinie der EG und einige weitere Vorschriften in deutsches Recht umzusetzen. Damit wird eine Chance vertan.

Zu den Punkten im einzelnen:

Förderung der Innovation von umwelt- und gesundheitsverträglichen Stoffen

Das rohstoffarme Deutschland muß auf diesem Gebiet besondere Anstrengungen unternehmen. Die Innovation muß von den Unternehmen geleistet werden. Sie kann aber durch das Chemikaliengesetz flankiert werden, indem die Eingriffsmöglichkeiten der Anmeldestelle verbessert werde. Wie für mitgeteilte Stoffe muß es auch für angemeldete Stoffe möglich sein, bereits im Vorfeld Auflagen für das Inverkehrbringen neuer Stoffe zu machen. Das wird auch vom Bundesrat gefordert. Hat die Anmeldebehörde die Möglichkeit für entsprechende Auflagen, so wird das die Entwicklung umwelt- und gesundheitsverträglicher Stoffe fördern, da bei solchen Stoffen keine Auflagen zu erwarten sind.

Erhöhung der Akzeptanz des Chemiestandortes Deutschland durch mehr Transparenz

Eine bessere Einbindung der Umwelt- und Verbraucherschutzverbände durch Bildung von Ausschüssen, die mit Bewertungsfragen betraut sind, kann die Transparenz und Akzeptanz chemiepolitischer Entscheidungen deutlich erhöhen. Entsprechende Forderungen werden seit Jahren diskutiert und spielten auch bei der Novelle des Chemikaliengesetzes in der letzten Legislaturperiode eine wichtige Rolle. Bis heute hat sich nichts getan. Auch eine verbesserte Informationspflicht etwa über die Emissionen von Schadstoffen analog dem "Toxic Release Inventory" in den USA könnte die Transparenz und Akzeptanz erhöhen.

Aufarbeitung der Altstoffe in einem überschaubaren Zeitraum

Die Langzeitgefahren der Altstoffe, das sind all diejenigen Stoffe, die vor Inkrafttreten des Chemikaliengesetzes bereits auf dem Markt waren, sind weitestgehend unbekannt. Wir gehen täglich mit diesen Stoffen um. Etwa 20.000 dieser Altstoffe werden in Mengen von mehr als einer Tonne im Jahr vermarktet. Jedes Jahr werden nur etwa 50 Altstoffe näher untersucht. Hier tickt eine Zeitbombe, und die Bundesregierung ist gefordert, im nationalen Bereich besondere Anstrengungen einer beschleunigten Bearbeitung zu unternehmen. Es sollte möglich sein, innerhalb eines Zeitraums von zehn Jahren die gefährlichen Altstoffe zu identifizieren und entsprechende Maßnahmen einzuleiten. Dabei muß auch Druck auf die EG-Partner ausgeübt werden, um ein koordiniertes Vorgehen zu ermöglichen.

Die Zahl der Versuchstiere muß vermindert werden

Es muß verstärkt der gesetzlichen Forderung nachgekommen werden, Prüfverfahren bei denen Versuchstiere eingesetzt werden, durch Verfahren zu ersetzen, die keinen, einen geringen oder einen schonenderen Einsatz von Versuchstieren erfordern. In diesem Zusammenhang ist es unerlässlich, daß sich die Bundesregierung verstärkt für eine Normierung solcher Prüfverfahren auf OECD-Ebene einsetzt, wie es auch der Bundesrat fordert.

Die Novelle des Chemikaliengesetzes darf nicht mit einem bürokratischen Vollzug der 7. Änderungsrichtlinie der EG-Chemikaliengerichtlinie enden. Stattdessen sollte versucht werden, die Transparenz und Akzeptanz der Chemieproduktion zu erhöhen und die Innovation umwelt- und gesundheitsverträglicher Stoffe zu fördern. Der Chemiestandort Deutschland muß auch in Zukunft im internationalen Wettbewerb die Nase vorn haben.

(-/15. Februar 1994/rs/ks)

Nicht gott-, sondern CSU-gewollt

Das bayerische Bildungssystem kann und muß geändert werden

**Von Karin Radermacher Mdl
Bildungspolitische Sprecherin
der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag**

Die Zeit war nicht nur 1991 in Rheinland-Pfalz nach über 44jähriger CDU-Herrschaft reif für einen Wechsel, sondern sie ist es auch heute in Bayern nach 37 Jahren CSU-Fitz. Anschauungsunterricht, in welche Richtung sich Schule verändern kann, erhielt die SPD-Landtagsfraktion in ihrer jüngsten Sitzung von der Ministerin für Bildung und Kultur in Rheinland-Pfalz, Dr. Rose Götte, bei ihren Ausführungen zur "Schulpolitik im Flächenstaat". Unter einer Ministerpräsidentin Renate Schmidt wird auch in Bayern nach den CSU-Sünden in der Bildungspolitik und dem starren Festhalten am dreigliedrigen Schulsystem ähnlich wie in Rheinland-Pfalz endlich der Reformprozeß in Gang gebracht.

Das hierarchische und zentralistische Gefüge der bayerischen Schullandschaft ist nicht gott-, sondern CSU-gewollt. Kultusminister Zehetmair hat das Weltbild der fünfziger Jahre verinnerlicht und betreibt eine Bildungspolitik der frühen Auslese. In der Gesellschaft der Zukunft soll aber jeder die Freiheit haben, ein optimales Bildungsangebot nutzen zu können, und nicht von der Gnade des Herrn Zehetmair abhängig sein. Während Minister Zehetmair und die CSU immer nur das ach so schaurige Gespenst der integrierten Gesamtschule heraufbeschwören mögen, zeigt die SPD-Bildungsministerin Rose Götte auf, daß man mit Phantasie und mit vielfältigen Kombinationen von schulischen Angeboten unter einem Dach der Schulpolitik eine moderne Dimension geben kann. So ist es beispielsweise nicht Aufgabe der staatlichen Bildungspolitik, Schülerströme zu lenken, wie dies Kultusminister Zehetmair tut. Dieser bayerische Kultusminister, der nicht nur Reformen, sondern auch die Mitbestimmung der Eltern und Lehrer wie der Teufel das Weihwasser fürchtet, will keine Freigabe des Elternwillens.

Die Erfahrungen in Rheinland-Pfalz nach der Freigabe des Elternwillens haben - nach eingehender gründlicher Beratung - gezeigt, daß der von der CDU vorhergesagte verheerende Ansturm auf das Gymnasium ausblieb. Dies gilt nun schon seit zwei Jahren. Es hat sich also gezeigt, daß man Schulreform immer nur mit Zustimmung der Beteiligten vorantreiben, aber nicht von oben her verordnen kann, wie dies noch im CSU-regierten Bayern geschieht. Was ist neu in der Schulpolitik in Rheinland-Pfalz, seit Ministerpräsident Scharping regiert? Was würde die SPD bei der Übernahme der Regierungsverantwortung in Bayern übernehmen? Es steht fest, daß die Mitwirkungsrechte von Eltern, Schülern und Personalräten erweitert werden müssen - etwa bei den Fragen: Wer wird Schulrat? Wie schaut die Stundentafel aus? Der Freiraum der einzelnen Schule soll durch eine Revision der Lehrpläne und der Stundentafel vergrößert werden. Die Bildungschancen in der Region sollen durch wohnortnahe Angebote des zehnten Schuljahres, des Realschulabschlusses oder neuerdings durch integrierte Gesamtschulen im ländlichen Raum verbessert werden. Im Interesse der betroffenen Kinder soll - so weit wie möglich und auch finanziell vertretbar - die wohnortnahe Grundschule erhalten werden.

Mit der regionalen Schule werden die Bildungsgänge von Hauptschule und Realschule in einer eigenen Schulstruktur zusammengefaßt. Nach den Worten von Bildungsministerin Rose Götte gab es einen ungeheuren Ansturm auf diese Schule, egal ob CDU- oder SPD-Gemeinde. 20 Standorte für die Regionalschule werden es in dieser Legislaturperiode in Rheinland-Pfalz sein. Dabei sollen nicht nur zwei verschiedene Abschlüsse an einer Schule angeboten, sondern es soll auch ein neues Konzept der Schule in der Region entwickelt werden.

Das Beispiel Rheinland-Pfalz führt auch anschaulich vor, daß trotz Sparmaßnahmen und Arbeitszeiterhöhung bei den Lehrern gleichzeitig die Zahl der Lehrerstellen um 1.350 erhöht werden kann. Rheinland-Pfalz ist ein Musterbeispiel dafür, wie trotz extrem steigender Schülerzahlen der Unterricht gesichert und Reformansätze verwirklicht werden. Das sind Reformen von denen in Bayern die Schüler, Eltern und Lehrer - bisher - nur träumen können.

(-/15. Februar 1994/rs/ks)
